

„Bochum – Perspektiven 2020“

**Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Koalition im Rat der
Stadt Bochum für die Jahre 2014 bis 2020**

zwischen

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bochum**



und

**Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisverband Bochum und Wattenscheid**



Inhaltsverzeichnis	Seite
<u>Kapitel</u>	
Perspektive	3
Rahmenbedingungen	5
Arbeit, Soziales und Gesundheit	8
Bildung und Wissenschaft	11
Kinder, Jugend und Familie	14
Integration und Chancengleichheit	17
Stadtentwicklung, Mobilität und Wirtschaft	22
Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Sicherheit	30
Kultur	34
Sport	36
Organisatorisches	38

Perspektive

SPD und Grüne haben in den vergangenen fünfzehn Jahren erfolgreich im Rat der Stadt Bochum zusammengearbeitet und Bochum wirtschaftlich, sozial und umweltpolitisch weiterentwickelt. Der Strukturwandel wurde fortgesetzt und die Lebenssituationen der Menschen in Bochum standen im Fokus der politischen Entscheidungen. Der Haushalt wurde weiter konsolidiert und für die Zukunft positioniert. Wichtige Aspekte für die weitere Gestaltung Bochums, z.B. die Weiterentwicklung der OPEL-Flächen, haben wir als Chance gesehen, das Profil der Stadt für die Zukunft zu schärfen, und mit gezielten Entscheidungen versehen.

Die gemeinsame erfolgreiche Arbeit werden wir in der Wahlperiode 2014 bis 2020 fortsetzen. Für diese Aufgabe haben die Wählerinnen und Wähler am 25. Mai 2014 eine eindeutige Mehrheit geschaffen. Wir nehmen diese Verantwortung gerne an.

Den Koalitionspartnern ist bewusst, dass schwierige Aufgaben vor ihnen liegen. Der Strukturwandel in Bochum bleibt eine Daueraufgabe. Der demografische Wandel wird Bochum in den nächsten Jahren weiter verändern. Der Haushalt der Stadt ist während der gesamten Wahlzeit in einer Konsolidierungsphase.

Die Chancen Bochums liegen aber vor uns. Kraftvoll, lebendig und nah bei den Menschen, so treffen wir unsere politischen Entscheidungen.

Bochum in das Jahr 2020 zu führen heißt:

- Wir nutzen die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale am Wissenschafts- und Hochschulstandort mit seinen Produktions- und Entwicklungskennntnissen. Wir schaffen Bildungsmöglichkeiten für Menschen und nutzen unsere Internationalität für die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt. Mit dem UniverCity Verbund verfügen wir über eine einmalige Kooperationslandschaft mit den Hochschulen in unserer Region.
- Wir entwickeln die Stadt mit integrierten Konzepten weiter und denken nachhaltig und umweltbewusst. Wir schützen ökologische Werte für kommende Generationen und leben dies bewusst vor. Die Mobilität in der Stadt steht für ein dynamisches und gleichberechtigtes Miteinander aller Bewegungsarten.
- Arbeit, Soziales, Kultur, Inklusion, Familienfreundlichkeit, Umwelt, Sport und viele weitere Felder stehen in einem Miteinander und in Wechselwirkung zueinander. Wir verfügen mit einem integrierten Stadtentwicklungskonzept über Instrumente für die Abwägung und den Interessensausgleich. Die dafür erforderlichen Daten und Pläne werden wir weiterentwickeln.

- Wir stellen eine Infrastruktur zur Verfügung, die diese Stadt dauerhaft benötigt. Der Erhalt und die Unterhaltung dieser Werte hat für uns Vorrang vor neuen Maßnahmen. Wir setzen auf technische Innovationen und einen nachhaltigen Ressourceneinsatz.
- Wir stehen für eine lebendige Stadt in der Kultur, Sport, Spiel, Freizeit und Erholung mit Erlebnis, Gastfreundlichkeit und Internationalität in Verbindung stehen. Wir setzen dabei auf einen Verbund von öffentlichen Einrichtungen, Vereinen, Verbänden und privaten Akteuren in der Stadt. Mit dem Markenbildungsprozess „Marke Bochum“ prägen wir auch die Außendarstellung Bochums neu.
- Wir stehen für eine solidarische Stadtgesellschaft, die weltoffen, tolerant und interkulturell geprägt ist. Einem gesellschaftlichen Auseinanderdriften werden wir uns entgegenstellen. Wir setzen uns für die Menschen in Bochum für soziale Verlässlichkeit ein.
- Wir stehen für einen Gesamtverbund mit unseren städtischen Beteiligungen. Die kommunale Daseinsvorsorge ist für uns vor Ort, spürbar und sichtbar und auf die Belange unserer Stadt ausgerichtet. Wir wollen damit Verlässlichkeit und Sicherheit für die Menschen in Bochum sicherstellen.
- Die Inklusion als Allgemeingut in der Stadtgesellschaft ist unser Ziel. Die Integration von Menschen anderer Herkunft und Kultur ist eine Chance und prägt unser Wirken. Wir sehen in jeder Lebensphase Grundbedürfnisse, für die wir Antworten und Angebote zur Verfügung stellen werden.
- Wir argumentieren mit den Menschen in dieser Stadt. In unserer politischen Arbeit vor Ort, in den Stadtbezirken und Ratsgremien. Wir fördern den transparenten Blick auf unser Handeln und den Dialog in Einzelfragen.
- Wir bekennen uns zur kommunalen Selbstverwaltung und einer leistungsfähigen Verwaltung. Diese muss für die Menschen in Bochum gut erreichbar sein, neue Formen des Dialoges ermöglichen und sich veränderten Lebensformen öffnen. Die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern müssen hierfür gute und motivierende Rahmenbedingungen vorfinden, für die wir uns einsetzen.

Die finanziellen Rahmenbedingungen Bochums sind weiter angespannt. Gemeinsam ist es der Koalition in der vergangenen Wahlperiode gelungen den Haushalt strukturell neu zu ordnen und in eigener Verantwortung zu steuern. Die Ziele einer ausgeglichenen Haushaltswirtschaft prägen unser Wirken und unsere Handlungen auch zukünftig.

Wir sind überzeugt, unsere gemeinsamen Ziele Schritt für Schritt umsetzen zu können.

Rahmenbedingungen

Haushalt

Eine finanziell ausgewogene Haushaltspolitik und das Erreichen der Ziele der Haushaltssicherung bis zum Jahr 2022 bestimmen das Handeln der Koalition. Der jährliche Haushaltsplan und die Fortschreibung eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes prägen dabei die inhaltlichen Möglichkeiten des politischen Handelns.

Die Umsetzung zu einer wirkungsorientierten Steuerung des Haushaltes werden wir offensiv weiter begleiten. Über Zielformulierungen, finanzielle Eckwerte und Budgets werden Ziele inhaltlicher Art im Verlauf der Wahlperiode definiert.

Unabdingbar dafür sind ein strategisches und operatives Controlling, insbesondere um große Projekte zu steuern. Ein regelmäßiges Berichtswesen muss die dazu notwendigen Steuerungsinformationen liefern.

Verwaltung

Die Umsetzung der Ziele und Wirkungen des kommunalen Handelns kann nur mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung erfolgen. Dafür sind Standards und straffe Verwaltungsstrukturen unabdingbar. Diese sind im Wege einer dauerhaften Untersuchung der Aufgabenprozesse zu optimieren.

Querschnittsaufgaben wie Inklusion, familienorientierte Kommune, bürgerschaftliches Engagement, Internationalität, integrierte Stadtentwicklung, etc. müssen so gesteuert werden, dass die gesamtgesellschaftliche Dimension sich in allen Verwaltungstätigkeiten wiederfindet. Die entsprechenden Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger müssen für diese Kontakte ausgerichtet sein.

Der weitere Ausbau von E-Government, Open-Data, interaktiver Dienste, IT-Strukturen und ein leistungsfähiges Service-Center gehören zu einer Dienstleistungsverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger.

Moderne und gut erreichbare Verwaltungsgebäude, sowohl zentral wie auch in den Stadtbezirken, gilt es auch für die Zukunft zu erhalten.

Die Koalition wird dafür Rahmenbedingungen schaffen, die das Erreichen dieser Verwaltungsziele ermöglicht.

Bezirke

Die Stadtbezirke stellen ein wichtiges Bindeglied zu den Menschen vor Ort dar. Die bezirklichen Entscheidungszuständigkeiten wollen wir aufrechterhalten und dies auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten noch stärker unterstützen.

Ombudsfunktion

Wir werden die Funktion einer Ombudsperson als unabhängige Vertrauensperson für Anregungen und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Verwaltung besetzen.

Personal

Motiviertes und leistungsfähiges Personal in der Stadtverwaltung ist die Grundlage für eine erfolgreiche kommunale Selbstverwaltung. Es gilt in dieser Wahlperiode Weichenstellungen um- und fortzusetzen und dem demografischen Wandel in der Beschäftigungsstruktur entgegenzutreten. Dazu gehören insbesondere die Sicherstellung von Wissenspotenzialen für künftige Generationen und ein adäquates Aus- und Fortbildungsangebot. Die Attraktivität einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst ist daneben einer der Garanten der kommunalen Selbstverwaltung.

Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die, unter Einbeziehung der personellen Ziele des Haushaltssicherungskonzeptes, die personelle Leistungsfähigkeit der Verwaltung erhalten werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind dabei weiterhin ausgeschlossen.

Beteiligungen

Leistungsfähige Beteiligungen mit einer Verankerung vor Ort sind für die kommunale Daseinsfürsorge unverzichtbar. Die kommunalen Ver- und Entsorger, Nahverkehrsdienstleister und Wohnungsmarktakeure spielen dafür eine elementare Rolle. Im Geflecht der Gesamtverwaltung bilden sie ein strategisches Rückgrat, auch in finanzieller Hinsicht.

In diesen Kontext gehört auch eine leistungsfähige Beteiligungsverwaltung, die strategische Aspekte des Beteiligungsportfolios erarbeitet und den Entscheidungsträgern in Rat und Gremien Unterstützung bietet.

Die Rahmenbedingungen dafür werden wir in dieser Wahlperiode optimieren.

Grundstücksangelegenheiten

Die Veräußerung und der Erwerb von Grundstücken müssen transparent und nachvollziehbar erfolgen. Die zuständigen Ausschüsse benötigen dazu einen umfassenden Überblick über die Vorhaben der Verwaltung und die durchgeführten Grundstücksgeschäfte. Die Grundstücksrichtlinien geben dafür die Rahmenbedingungen vor. Zügige Entscheidungsstrukturen gehen dabei auf die Bedürfnisse von Käufern und Verkäufern ein.

Grundstücksgeschäfte ab einem Wert von 100.000 Euro sind den Gremien (Bezirksvertretung oder Fachausschuss) zur Entscheidung vorzulegen.

Abweichend hiervon sollen auch Grundstücksverkäufe, bei denen der Buchwert bzw. der vom Gutachterausschuss festgelegte Wert um mehr als 10% unterschritten wird und deren Wert 30.000 Euro übersteigt, durch die Gremien beschlossen werden.

Über alle von der Verwaltung in eigener Befugnis getätigten Grundstücksgeschäfte sind die Gremien wie bisher nachrichtlich zu informieren.

Technischer Betrieb

Der Technische Betrieb benötigt klare aufbau- und ablauforganisatorische Strukturen. Ebenfalls ist über eine Rechtsform in höherer Selbstständigkeit zu entscheiden. Die hohen Ziele der Haushaltssicherung an den Technischen Betrieb erfordern ebenfalls gute Betriebsstrukturen, fachlich qualifiziertes Personal, eine gute Infrastrukturausstattung und gute Standortvorteile.

Wir werden an der beschleunigten Umsetzung zur Realisierung dieser Ziele mitwirken.

Arbeit, Soziales und Gesundheit

Ehrenamt

SPD und Grüne wollen das Ehrenamt stärken und die vom Rat beschlossenen Maßnahmen umsetzen. Dazu gehören die Einrichtung einer Anlaufstelle bei der Stadt zur Beratung und Unterstützung der Vernetzung, sowie eine Internetplattform, intensive Öffentlichkeitsarbeit und eine Info-Börse.

Beratungsstelle Arbeitslose und Kundenreaktionsmanagement

Die unabhängige Beratungsstelle für Arbeitslose wird weiterhin mit kommunalen Mitteln unterstützt.

Das Kundenreaktionsmanagement des Jobcenters ist eine wichtige Anlaufstelle für Fragen und Probleme der Kunden des Jobcenters und muss daher erhalten bleiben.

Langzeitarbeitslosigkeit

In den Zielvereinbarungen mit dem Jobcenter wird besonders Wert gelegt auf Programme für Zielgruppen wie Langzeitarbeitslose, arbeitslose Jugendliche, Alleinerziehende, Migranten/Migrantinnen.

Zweiter Arbeitsmarkt

Die Stadt beteiligt sich an Bundes-/Landesprojekten öffentlich geförderter Beschäftigung.

Schulungen Jobcenter

SPD und Grüne werden sich im Jobcenter dafür einsetzen, dass die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert wird.

Schuldnerberatung

Immer mehr Menschen geraten in finanzielle Schwierigkeiten. Wir werden die Schuldnerberatung in Bochum auch zukünftig als wichtiges Handlungsfeld betrachten.

Unabhängige Antidiskriminierungsstelle

Wir werden die Einrichtung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle prüfen, an die sich Menschen mit Migrationsgeschichte wenden können, wenn sie in Behörden, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit diskriminiert werden.

Verträge mit Vereinen

Die bisherigen Bemühungen, die soziale Arbeit von Vereinen und Verbänden durch vertragliche Vereinbarungen abzusichern, soll fortgesetzt werden.

Basisgesundheitsbericht

Die Gesundheitsfürsorge und gesundheitliche Aufklärung wird sich um die im Basisgesundheitsbericht festgestellten Defizite kümmern.

Dabei werden vor allem präventive Gesundheitsmaßnahmen ein stärkeres Gewicht bekommen.

Kinder- und Jugendpsychiatrie

Die stationäre und ambulante kinder- und jugendpsychiatrische ortsnahe Versorgung der Bochumer Kinder und Jugendlichen muss verbessert werden. Auch an dem Ausbau von Wohngemeinschaften, die in ärztlichen Sprechstunden betreut werden, ist zu arbeiten.

Sozialpsychiatrischer Dienst der Stadt

Wir wollen die Arbeit des sozialpsychiatrischen Dienstes in gleicher Qualität erhalten.

Sozialpsychiatrisches Kompetenzzentrum Migration (SPKoM Bochum)

SPD und Grüne werden sich innerhalb des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe für die dauerhafte Förderung dieses seit drei Jahren in Bochum eingerichteten Projekts einsetzen.

Sexuell übertragbare Krankheiten / „Zentrum für sexuelle Gesundheit“

Die Stadt wird ein Beratungs- und Untersuchungsangebot zu sexuell übertragbaren Erkrankungen sicherstellen. Dabei kann auch die Zusammenarbeit mit dem geplanten Zentrum für sexuelle Gesundheit eine Umsetzungsmöglichkeit darstellen.

Drogenpolitik

Das umfassende Angebot an Beratung, Präventionsarbeit und praktischer Hilfe wird durch die Bochumer Krisenhilfe sichergestellt. Dabei wollen SPD und Grüne auch neue Ansätze in der Drogenhilfe unterstützen. Der Standort der Krisenhilfe muss zentral gelegen bleiben.

Methadon

Die Situation im Umfeld der Methadonabgabe von ärztlichen Praxen muss verbessert werden.

Sozialwohnungen

Die Stadt nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten (z.B. Verkauf von Grundstücken mit Auflage, Festsetzungen in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen, Zusammenarbeit mit der VBW), um den dringend erforderlichen Neubau von Sozialwohnungen in gemischten Gebieten zu initiieren.

Es sind zügig geeignete Flächen auszuweisen, auf denen auch Sozialwohnungen entstehen können.

Mietspiegel

Die Stadt unterstützt weiterhin die Erstellung eines differenzierten und qualifizierten Mietspiegels.

Bildung und Wissenschaft

Schullandschaft

Bildung hat in einer Stadt wie Bochum, Standort von acht Hochschulen, einen sehr großen Stellenwert. Unser Ziel ist eine Großstadt mit familiengerechten Lebensbedingungen und einer familienorientierten, sozialen Infrastruktur. Bildungsgerechtigkeit bedeutet für SPD und Grüne: Jedes Kind soll unabhängig von seiner Herkunft den bestmöglichen Schulabschluss erreichen.

Gesamt- und Sekundarschulen sollen längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Die Erfahrung zeigt, dass dadurch Kinder individueller gefördert werden können und oftmals höhere Bildungsabschlüsse möglich sind. Insbesondere Kindern aus sozialbenachteiligten Lebenslagen eröffnen sich dadurch neue Chancen.

SPD und Grüne wollen eine bedarfsgerechte Schulentwicklungsplanung, die den nötigen schulischen Rahmen schafft. SPD und Grüne wollen die Bezirke und Schulgemeinden frühzeitig einbeziehen, um die unterschiedlichen Interessenlagen und sozialräumlichen Aspekte in den Beschlussgremien mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf abwägen zu können. Die Schulentwicklungsplanung für die Sek I/Sek II-Schulen wird turnusmäßig fort geschrieben. Eine Schulentwicklungsplanung für die Berufskollegs wollen SPD und Grüne in der kommenden Wahlperiode erstmalig auf den Weg bringen. Die Zügigkeiten der Gesamtschulen müssen überprüft werden.

Wohnortnahe Grundschulen werden SPD und Grüne weiter stärken, um dem sogenannten Schultourismus vorzubeugen. Ob dabei die Wiedereinführung von Grundschuleinzugsgebieten sinnvoll sein kann, wollen wir prüfen.

Inklusion und Schule

Der Inklusionsprozess in Bochum ist auf einem guten Weg. SPD und Grüne werden den Weg des Gemeinsamen Lernens in allgemeinen Schulen konsequent weiter verfolgen. Die Eltern von Kindern mit speziellem Förderbedarf dürfen wählen, welche Schulform ihr Kind besucht. Deshalb werden SPD und Grüne dafür sorgen, dass es auch weiterhin Förderschulen gibt, an denen sonderpädagogische Förderung stattfinden kann.

SPD und Grüne werden die Rahmenbedingungen zur schulischen Inklusion an Regelschulen festlegen und entscheiden, ob und ggfs.in welchen Stadtteilen Schwerpunktschulen gebildet werden.

Schulsozialarbeit

Das erfolgreiche Programm der Schulsozialarbeit sollte fortgeführt werden, deshalb bleibt unsere Forderung an den Bund / das Land zur Weiterfinanzierung bestehen. Ziel von SPD und Grünen ist es, in jedem Sozialraum mindestens einen

Sozialarbeiter / Heilpädagogen bzw. eine Sozialarbeiterin / Heilpädagogin als kompetenten Ansprechpartner für die Schulen bereit zu stellen.

Um ein gutes Zusammenspiel zwischen Schulen und Jugendhilfe bei der Schulsozialarbeit zu gewährleisten, werden SPD und Grüne eine Rahmenvereinbarung auf den Weg bringen.

Integrationshelfer

Für den Einsatz von Integrationshelfern werden SPD und Grüne Rahmenbedingungen, Standards und Verfahren festlegen. Bei deren Auswahl gilt es, die Schulen einzubeziehen und den jeweiligen familiären Kontext zu berücksichtigen.

Schulpsychologen

SPD und Grüne werden sich für eine ausreichende schulpsychologische Versorgung einsetzen.

Diskriminierungsfreie Schule

SPD und Grüne unterstützen das Projekt „Diskriminierungsfreie Schule“ und fördern die Teilnahme von Bochumer Schulen an diesem Projekt.

Ganztag

Verlässlichere und längere Betreuung ist für viele Schulkinder dringend notwendig. SPD und Grüne werden den Ganztag weiter fördern und an allen Grundschulen und Sekundarschulen ausreichende Voraussetzungen in guter Qualität bereitstellen. Standards - vor allem für den für den Sek I-Bereich - sind zu formulieren.

SPD und Grüne werden die Schulen auf dem Weg zum gebundenen Ganztag unterstützen.

Mensen

Für die Übermittagsbetreuung werden SPD und Grüne Mensen an allen weiterführenden Schulen bereitstellen und für ein Essensangebot in sehr guter Qualität sorgen.

Schulwegsicherung

Schulwege müssen sicher sein. Deshalb werden SPD und Grüne alle Möglichkeiten ausnutzen, Schulwege - z.B. durch Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 - sicherer zu gestalten.

Ausbau / Sanierung

SPD und Grüne werden weiterhin in die Bochumer Bildungslandschaft investieren und die bewährten Programme zur Brandschutzsanierung, dem Ausbau der naturwissenschaftlichen Räume und der Sanierung von Toilettenanlagen fortsetzen.

Übergang Schule/Beruf

Der Übergang Schule/Beruf hatte in Bochum bisher einen hohen Stellenwert. Wir wollen die vorhandenen Instrumente weiterentwickeln.

SPD und Grüne unterstützen die Umsetzung des Projektes „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule / Beruf in NRW“ durch die Kommunale Koordinierungsstelle mit dem Ziel, das bisherige Übergangssystem zu reformieren und neu zu gestalten.

Grundbildung / Weiterbildung / VHS

Die Volkshochschule Bochum ist ein wichtiger Bildungspartner; Angebote der Grund- und Weiterbildung, sozialer, kultureller und politischer Bildung und zur Erlangung von Schulabschlüssen werden SPD und Grüne weiterhin stärken.

Hochschullandschaft

Der Wissenschaftsstandort Bochum und die hier angesiedelten acht Hochschulen sind unter der Bezeichnung UniverCity auf dem richtigen Weg, einen starken Verbund herzustellen. SPD und Grüne freuen sich, dass es gelungen ist, die Universität mitten in die Stadt zu holen, siehe Blue Square oder Stadtbadgalerie. Diesen Weg werden SPD und Grüne weiter beschreiten und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen sowie zwischen Stadt und Hochschulen ausbauen.

Kinder, Jugend und Familie

Frühkindliche Bildung

SPD und Grüne wollen sicherstellen, dass jedes Kind den bestmöglichen Schulabschluss und die bestmögliche Berufsausbildung erhält. Damit das gelingt, werden SPD und Grüne die bestehenden Kooperationen zwischen Grundschulen und Kindergärten weiter ausbauen und mit Beratungsangeboten unterstützen.

Unsere lokale Bildungslandschaft mit ihrem umfassenden und vielfältigen Angebot für alle Altersgruppen ist ein Garant dafür, dass auch schulisch in Bochum niemand zurückgelassen wird. Dabei werden SPD und Grüne auf die frühkindliche Bildung / Elementarbildung besonderen Wert legen.

Die Weiterbildung / Qualifizierung des Personals hat für uns einen hohen Stellenwert, um bestmögliche Betreuung und Bildung für unsere Kinder zu ermöglichen. Zur Umsetzung des gemeinsamen Bildungsauftrags von Kitas und Schulen wurden verbindliche Strukturen beschlossen, um das Übergangsmanagement überall im Stadtgebiet gleichwertig umzusetzen. SPD und Grüne wollen diesen Prozess begleiten und unterstützen.

Spielplätze sind Bildungsorte. Deshalb wollen SPD und Grüne die Spielleitplanung weiterentwickeln und insbesondere Sporterfahrungen auf Bolzplätzen und Naturerfahrungen auf den „Wildnis für Kinder“-Flächen ermöglichen.

Betreuung

Die Elementarbildung werden SPD und Grüne weiter stärken. Bildungs- und Betreuungsangebote werden wir weiter ausbauen und qualitativ verbessern. Unser Ziel ist das Erreichen der 40 %-Marke in der U3-Betreuung. Allen Eltern, die eine Betreuung für ihr Kind wünschen, soll ein entsprechender Platz angeboten werden können.

Eine vielfältige Trägerlandschaft soll für eine große Angebotsvielfalt sorgen und die sprachliche und motorische, aber auch musische und naturwissenschaftlich-technische Bildung sicherstellen. Dabei werden SPD und Grüne auch den Ausbau der betrieblichen Betreuung unterstützen.

SPD und Grüne wollen bedarfsgerechte Angebote, mit flexiblen Öffnungszeiten, die auf die Bedürfnisse der Eltern, ggf. auch am Arbeitsort, abgestellt sind, bis hin zu 24-Stunden-Angeboten für Ausnahmesituationen.

Kitas nehmen als Bildungsinstitution eine wichtige Aufgabe wahr. Dem wurde auch mit den Änderungen zum Kinderbildungsgesetz Rechnung getragen. Deshalb werden SPD und Grüne die Präventionsarbeit in den Kitas weiter ausbauen und sich in den Stadtteilen stärker engagieren, in denen Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich häufig in Armut und bildungsfern leben.

Jugendförderung

Jugendförderung hat für uns einen hohen Stellenwert, dem wurde mit der Verabschiedung des Jugendförderplans 2015 – 2020 Rechnung getragen. Mit den Regelungen zur jährlichen Anpassung gestiegener Personal- und Sachkosten ist die Jugendarbeit der Verbände auf eine sichere finanzielle Basis gestellt.

Die außerschulische Jugendarbeit – vor allem für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche - wollen SPD und Grüne weiter entwickeln, aufbauend auf den Erfahrungen in den Stadtteilen. Dazu gehören insbesondere die Kinder- und Jugend-Freizeithäuser, Streetwork und die Jugendwerkstatt.

SPD und Grüne werden prüfen, ob die im Kinder- und Jugendförderplan beschriebenen Angebote ausreichen. Sollte Bedarf bestehen, werden wir uns um ein zusätzliches Angebot bemühen.

Schutz/Gesundheit

Kinderschutz hat für uns höchste Priorität. Deshalb müssen Kindeswohlgefährdungen frühzeitig erkannt und verhindert werden. Bewährte Frühwarn-Systeme wie das Begrüßungsteam, die Familienhebammen und den Kinder-Notruf werden SPD und Grüne erhalten und in allen Stadtteilen etablieren.

Zusätzlich wollen SPD und Grüne einen ständigen Informationsaustausch im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zwischen dem Jugendamt, den Kinderärztinnen und Kinderärzten, dem Gesundheitsamt, der Justiz und der Polizei.

SPD und Grüne setzen sich für den bedarfsgerechten Ausbau der ambulanten und stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung ein.

Jugendhilfe/Beratung

Die Bochumer Sozialberichterstattung liefert wichtige Strukturdaten zu einzelnen Stadtteilen und zeigt dringende Handlungsbedarfe auf. SPD und Grüne wollen sozialräumliche Fehlentwicklungen im Stadtgebiet aufhalten und verhindern. In Stadtteilen, in denen Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich häufig in Armut und bildungsfern leben, werden SPD und Grüne sich verstärkt engagieren.

SPD und Grüne wollen eine Stadt, die Familien ein Zuhause bietet. Dazu gehören familiengerechte Lebensbedingungen, eine familienorientierte, soziale Infrastruktur und eine qualitative Kinder- und Jugendhilfe. Hochwertige, kultursensible Unterstützungs- und Beratungsangebote halten SPD und Grüne für selbstverständlich und werden sie durch eine starke Vernetzung zwischen den verschiedenen Institutionen unterstützen.

Gesellschaftliche Teilhabe

Alle Kinder und Jugendlichen sollen am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt teilhaben können. Kulturelle Angebote spielen eine besondere Rolle für die Bildung. SPD und Grüne werden bestehende Angebote beibehalten und sich für ermäßigte Eintrittsentgelte einsetzen.

Alleinerziehende

Das „Netzwerk A - Wirksame Hilfen für Alleinerziehende in Bochum“ wird von der Gleichstellungsstelle weitergeführt. Die Ergebnisse und Feststellungen des Abschlussberichtes (insbesondere die Notwendigkeit, die Angebote für Information, Betreuung und Begleitung Alleinerziehender auszubauen) fließen in das Projekt Familiengerechte Kommune ein.

Beteiligung Kinder und Jugendliche

Vorhandene und bewährte Strukturen der Beteiligung wollen SPD und Grüne beibehalten und stärken. Die Einrichtung von anlassbezogenen Jugendforen in den Bezirken wird begrüßt.

Familiengerechte Quartiersentwicklung

SPD und Grüne wollen eine alters- und familiengerechte Quartiersentwicklung, ein besonders wichtiges von vielen Zielen für die gesamte Stadt, für alle ihre Einwohnerinnen und Einwohner, Besucherinnen und Besucher: Möglichst frei von Barrieren.

Integration und Chancengleichheit

Integrationsarbeit

Unser Ziel ist die vollständige Integration in die Stadtgesellschaft, die SPD und Grüne durch die Umsetzung der im Integrationskonzept benannten Leitziele und Maßnahmen erreichen wollen. Ermessensspielräume bei der Einbürgerung sollten ausgeschöpft werden.

Integration verstehen SPD und Grüne als Querschnittsaufgabe. Daher muss das Kommunale Integrationszentrum von allen Fachämtern die notwendige Unterstützung erfahren.

SPD und Grüne wollen eine bürgernahe Verwaltung. Dazu gehört auch, dass das Kommunale Integrationszentrum eine Willkommenskultur ausstrahlt und so untergebracht wird, dass es leicht erreichbar ist. Das gilt aber auch für alle Stellen in der Verwaltung, die Erst- und Folgekontakte mit Bürgerinnen und Bürgern haben. Insbesondere die räumlich angespannte Situation im Ausländerbüro wollen SPD und Grüne verbessern.

SPD und Grüne wollen verstärkt Angebote unterstützen, die sich mit Prävention gegen Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit befassen. Auch Radikalisierung im Bereich des gewaltbereiten Salafismus gehört nicht in eine tolerante Stadt. Auf kommunaler Ebene muss diese durch Aufklärung und Prävention bekämpft werden.

Ausländerrechtliches Beratungsgremium

Wir wollen in Bochum ein ausländerrechtliches Beratungsgremium nach dem erfolgreichen Vorbild anderer großer Städte in NRW einrichten. Dieses mit Personen aus Verwaltung, Politik und Hilfsorganisationen besetzte Gremium soll eine regelmäßige Gesprächsebene unter den beteiligten Stellen herstellen und Vertrauen schaffen. Es berät die Ausländerbehörde, um besondere Fälle besser zu beurteilen.

Bildung

Alle Kinder sollen unabhängig ihrer Herkunft gleiche Bildungschancen haben. Unser Ziel ist es, die Übergangsquoten von Kindern mit Migrationshintergrund von der Grundschule zum Gymnasium zu erhöhen.

Inklusionsplan

In Abstimmung mit den Aktionsplänen von Bund, Land und LWL wird für Bochum ein kommunaler Inklusionsplan erstellt. Dabei wird das „Netzwerk Inklusion“ mit einbezogen. Dafür müssen organisatorische und personelle Voraussetzungen geschaffen werden.

Als Auftaktveranstaltung findet 2014 in Bochum eine Inklusionskonferenz statt.

Barrieren abbauen

Alle städtischen Gebäude werden kontinuierlich barrierefrei bzw. barrierearm umgebaut. Das gilt auch für den Straßenraum.

Teil des Inklusionsplans soll die Erstellung eines interaktiven Stadtplans für barrierefreie Mobilität sein.

Unser Ziel ist die barrierefreie Nutzung des ÖPNV. Dazu gehören nicht nur niederflur-gerechte Haltestellen, sondern weitere technische Ausstattungen wie die „Dynamische Fahrgastinformation“.

Die weitere Umsetzung der Inklusion in Bochum beinhaltet auch, dass bei Bedarf bzw. auf Antrag für Sitzungen der städtischen Gremien ein Gebärdensprachdolmetscher bzw. technische Hilfen zur Verfügung stehen.

Seniorenbüros

Bei den neu eingerichteten Seniorenbüros muss die Vernetzung der Angebote und Aktivitäten im Stadtbezirk sichergestellt sein. Nachbarschaftsinitiativen, die gut in die Quartiersarbeit eingebettet sind, werden unterstützt.

Für alle Seniorenbüros gilt, dass sie auch auf die besonderen Bedürfnisse von älteren Migrantinnen und Migranten eingehen; vor allem bei dem Aufbau von Netzwerken im Stadtteil.

Die Arbeit der neuen Seniorenbüros wird rechtzeitig vor Auslaufen der Rahmenvereinbarung (Ende 2016) ausgewertet. Im Bedarfsfall muss in einzelnen Stadtteilen nachgesteuert werden.

Über die dezentralen Angebote hinaus werden die zentralen Seniorenveranstaltungen fortgesetzt.

Ältere Menschen brauchen Beratung und Unterstützung. SPD und Grüne wollen dafür in den Stadtteilen und Wohnvierteln ehrenamtliche Ansprechpartner aktivieren und über die Seniorenbüros sicherstellen, dass ältere Menschen in Entscheidungsprozesse vor Ort eingebunden werden.

Senioren

Die in den Stadtteilen eingerichteten Seniorenbüros sollen auch die Bedürfnisse der älteren Migrantinnen und Migranten berücksichtigen. Regelmäßige Evaluierung soll sicherstellen, dass der kulturelle Aspekt in der Seniorenarbeit ausreichend berücksichtigt wird.

Leben im Quartier

Seniorinnen und Senioren haben den Wunsch nach weitgehend autonomer Lebensgestaltung in vertrauter Umgebung. Kommunale Wohnungspolitik muss auf diese Ansprüche ausgerichtet werden.

SPD und Grüne werden insbesondere das Quartierskonzept mit barrierefreien und barrierearmen Wohnungen sowie der notwendigen Hilfs- und Pflegeinfrastruktur weiter verfolgen.

Seniorenrechtliches Wohnen

Gefördert werden ebenso neue Wohnprojekte wie generationenübergreifendes Wohnen.

Neue Wohnformen werden auch im Hinblick auf spezielle altersbedingte Erkrankungen (Demenz) konzipiert und modellhaft umgesetzt.

Barrierefreie Wohnungen

Die Herausforderungen an die zukünftige Wohnungspolitik erfordern umfassende Lösungen, die grundsätzliche Barrierefreiheit / Barrierearmut, haushaltsnahe Dienstleistungen und Behindertengerechtigkeit unverzichtbar machen.

Neue Wohnformen

SPD und Grüne unterstützen neue Wohnformen: Mehrgenerationen-Projekte, neue genossenschaftliche Projekte im Stadtteil, Pflegewohngemeinschaften – wie z.B. die Claudius-Höfe. Dazu ist es auch notwendig, dass die Stadt eigene Grundstücke anbietet und Hilfestellungen im Antrags- und Planungsverfahren gibt.

Unterbringung von Flüchtlingen

Auf der Basis eines von der Verwaltung vorzulegenden Konzeptes werden Unterkünfte für Flüchtlinge in ausreichender Zahl vorgehalten und in kleinen Wohneinheiten ausgewogen über die Stadtbezirke verteilt.

Bestehende Problemlagen dürfen nicht verstärkt werden. Der Sozialbericht, demografische Daten und Entwicklungspläne liefern dazu Grundlagen. Ebenfalls ist Rücksicht auf die begrenzten Quereinsteigerkapazitäten der Schulen zu nehmen.

Darüber hinaus müssen die bestehenden Einrichtungen saniert werden.

Beschulung

Alle Flüchtlingskinder sollen schnellstmöglich Aufnahme in einer Regelschule finden. Die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ist sicherzustellen.

Sprachförderung

Bis es zu einer bundesgesetzlichen Lösung kommt, wollen SPD und Grüne dafür Sorge tragen, dass Flüchtlinge auch bereits während des Asylverfahrens hier in Bochum die Möglichkeit erhalten, Deutschkenntnisse zu erwerben.

Bestehende Angebote sind bedarfsgerecht weiter zu entwickeln; dabei sind niederschwellige Angebote zu bevorzugen. Durch Vernetzung der Akteure sind Synergieeffekte zu nutzen, so könnte das Angebot von Sprachkursen in Zusammenarbeit mit Familienzentren gleichzeitig das Problem der Kinderbetreuung lösen.

Gesundheitliche Betreuung

SPD und Grüne wollen die vorhandenen Strukturen ausbauen, um die gesundheitliche Betreuung von Menschen in besonderen Lebenssituationen sicherzustellen.

Pflegeheime

Bei der Bestandsverbesserung der Alten- und Pflegeeinrichtungen werden kleine Einheiten zugrunde gelegt. Kommunale Daseinsvorsorge beinhaltet auch in Zukunft grundsätzlich das Vorhalten von städtischen Alten- und Pflegeheimen.

Kultursensible Pflege

Der Anteil der Personen in Krankenhäusern und Pflegeheimen, die aus anderen Kulturkreisen kommen, wird in den kommenden Jahren stark zu nehmen. SPD und Grüne wollen, dass Rücksicht auf die individuellen Werte, kulturellen und religiösen Prägungen und Bedürfnisse einer pflegebedürftigen Person selbstverständlich sind. Hierzu braucht es Angebote der kultursensiblen Pflege, welche sowohl ambulant, als auch stationär zielgruppengerecht ansetzen.

Leichte Sprache

Die Stadt erprobt modellhaft die Entwicklung von Bürgerbescheiden / -informationen in Leichter Sprache. Unter Inanspruchnahme von Fördermitteln sollen städtische Mitarbeiter/innen in der Übersetzung von Verwaltungsschreiben in Leichter Sprache geschult werden.

Gender Budgeting

Im Zuge der Einführung des wirkungsorientierten Haushaltes wird das Kriterium Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt.

Entwicklungscontrolling

Die Wirksamkeit der im Frauenförderplan enthaltenen Maßnahmen zur personalpolitischen Gleichstellung wird regelmäßig überprüft.

Städtische Beteiligungen

Die städtischen Beteiligungen stellen einen Frauenförderplan auf, der u. a. auch die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in Führungspositionen festschreibt.

Stadtentwicklung, Mobilität und Wirtschaft

Integrierte Stadtentwicklung

SPD und Grüne bekennen sich zum Leitbild der Integrierten Stadtentwicklung, die alle relevanten Belange z. B. aus den Sektoren Städtebau, Soziales, Wirtschaft, Verkehr und Mobilität, Ökologie und Klima, Wohnen, Gesundheit, Kultur und Sport gleichrangig mit einbezieht.

Bei stadtentwicklungspolitisch bedeutsamen Vorhaben halten SPD und Grüne eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung im Vorfeld von allen wichtigen Planungsschritten für unabdingbar. Dazu soll auch eine komfortablere Darstellung von Planungen im Internet beitragen.

Um die Berücksichtigung aller Belange zu gewährleisten, sollen Bebauungspläne nur in begründeten und unstrittigen Ausnahmefällen nach Paragraph 13a Baugesetzbuch („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) im sogenannten beschleunigten Verfahren aufgestellt werden.

Nach den erfolgreich verlaufenen Stadtumbaumaßnahmen Innere Altstadt und Westend wollen SPD und Grüne über die Fortsetzung der Maßnahmen in Goldhamme hinaus gezielt weitere Städtebauförderungsgelder für Bochum akquirieren. Hier sind für die in den sogenannten Untersuchungsräumen West und Ost liegenden Gebiete erste wichtige Schritte in die Wege geleitet, die SPD und Grüne fortsetzen werden.

Dringende Handlungsorte wie etwa benachteiligte Stadtteile ergeben sich nicht zuletzt aus der Sozialberichterstattung. Hier müssen durch Problemanalysen und maßgeschneiderte Handlungskonzepte Lösungen vor Ort erarbeitet und die Betroffenen einbezogen werden. SPD und Grüne denken dabei zum Beispiel an den Stadtteil Hamme.

Bebauung im Freiraum

Grünzüge, Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete werden grundsätzlich von Bebauung freigehalten. Andere Freiflächen, die für Bebauung in Anspruch genommen werden, sollen anhand einer auf Ökopunkten basierenden Bilanz kompensiert werden.

Sollten in Ausnahmefällen zwingende übergeordnete Gesichtspunkte für eine kleinräumige Bebauung in Landschaftsschutzgebieten sprechen, so ist der damit verbundene Flächenverbrauch überzukompensieren, indem an anderer Stelle ein größeres Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen wird.

In Bebauungsplänen ist anzugeben, wieviel Fläche neu versiegelt werden darf. Regelmäßige Flächenbilanzen zeigen dann das Ergebnis des Freiflächenschutzes.

Im Rahmen der Strategischen Umweltplanung wurde bereits beschlossen, die Neuversiegelung bis 2030 auf null zu senken. Das bedeutet auch, dass

Flächenrecycling und die Bebauung von Baulücken in der Regel Vorrang haben vor der Inanspruchnahme neuer Flächen. Ein Baulückenkataster kann hilfreich sein, die Bebauung solcher Flächen effektiver voranzutreiben. Darüber hinaus werden SPD und Grüne eine Entsiegelungsstrategie entwickeln.

Anhand einer zu beschließenden Liste können auch Wohngrundstücke zu Wirtschaftsförderungszwecken angeboten werden. Diese werden im Einzelfall im Rahmen der planungsrechtlichen Vorgaben entschieden.

Bauen

Mit dem Baulandkonzept haben SPD und Grüne die Voraussetzungen für eine Attraktivierung des Bauens geschaffen. Im Fokus standen und stehen dabei junge Familien, denen SPD und Grüne in ihrer Gründungsphase eine dauerhafte Perspektive für den Verbleib in Bochum eröffnen möchten.

Während mit der Umsetzung begonnen wurde und erste Erfolge erkennbar sind, haben SPD und Grüne neben jungen Familien auch andere Zielgruppen, Wohnkonzepte und Bedarfe im Blick.

Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen wächst der Bedarf an entsprechend günstigem Wohnraum.

Dabei setzen SPD und Grüne zunächst auf eine Verbesserung und Ergänzung des Bestands. Attraktive Wohnungen in Altbauten mit günstigen Nebenkosten sind das Ziel. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die energetische Sanierung. SPD und Grüne wollen aber auch die Neubauaktivitäten stimulieren. Dazu wollen SPD und Grüne die Instrumente des Wohnbaulandkonzepts verfeinern, aber auch das Planungsrecht entsprechend anwenden, zum Beispiel durch Mindestquoten von öffentlich geförderten Wohnungen bei der Aufstellung von Bebauungsplänen.

Zahlreiche Agenturen und Einrichtungen kümmern sich um die Beratung von Eigentümern, SPD und Grüne haben sich dafür eingesetzt, dass die Verbraucherzentrale mit dem Angebot „Mein Haus spart“ eine kompetente und interessenunabhängige Beratung von Eigentümern anbieten kann. Wir wollen dieses Angebot erhalten und ggf. ausbauen.

Im Sinne der integrierten Quartiersentwicklung streben SPD und Grüne an, vermehrt Fördermittel aus dem KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ zu akquirieren.

Bezahlbare Wohnungen / Wohnen in der Innenstadt

Damit unsere Wohnbevölkerung in den nächsten Jahren nicht noch stärker abnimmt, wollen SPD und Grüne mit einer aktiven, kommunalen Wohnbaupolitik gegensteuern, für attraktive, bezahlbare Wohnungen und günstige Häuser in der Stadt sorgen.

Wir wollen im Zusammenhang mit der Innenstadtentwicklung besonders junge Familien mit dem Angebot bezahlbarer Wohnungen in die Mitte der Stadt holen.

Dazu sollen die Instrumente des Wohnbaulandkonzeptes mit der Erschließung citynaher Wohnquartiere ebenso beitragen, wie die Aktivitäten des teil-kommunalen Wohnungsunternehmens VBW bei der Schaffung von Miet- und Eigentumswohnbau in der Stadt.

Havkenscheid / Feldmark

Mit den Planungen für Havkenscheid und Feldmark haben SPD und Grüne eine langfristige Perspektive eröffnet. Hier sollen neue Quartiere die vorhandene Bebauung ergänzen, die eine Verbindung von Wohnen und Freiflächen unter Berücksichtigung von Energie- und Klimaaspekten schaffen.

Wir wollen die Planungen je nach Bedarf Schritt für Schritt umsetzen und damit in Altenbochum beginnen, weil hier bereits gut erschlossene städtische Flächen zur Verfügung stehen, für die eine beträchtliche Nachfrage zu erwarten ist. Hinzu kommen Erweiterungsabsichten der evangelischen Fachhochschule, die wir fördern wollen. So entsteht die Möglichkeit zu einer schlüssigen Planung für den Teilbereich Feldmark. Auf der Grundlage der bereits gefassten Beschlüsse sind Mobilitätsbedarfe insbesondere für den Rad- und Fußverkehr zu berücksichtigen.

SPD und Grüne wollen eine kontinuierliche Bürgerbeteiligung, eine Internetpräsenz und - zunächst in Altenbochum – ein Projektbüro errichten, um dafür auch eine sichtbare Anlaufstelle zu schaffen.

Umweltverbund

Menschen setzen heute in zunehmenden Maße „Mobilität“ nicht mehr mit „Auto“ gleich; sie wünschen sich vielfältige Angebote, die jeweils optimal zum Reiseanlass und zur eigenen Lebenssituation passen. SPD und Grüne wollen diesen Trend verstärken und zugunsten des Umweltverbunds nutzen. Dazu gehört in erster Linie eine bessere Verknüpfung der Verkehrsmittel sowie eine Förderung des Fuß- und Radverkehrs, wie sie in der Bewerbung um die Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte vorgezeichnet ist. Das dort aufgestellte Arbeitsprogramm einschließlich Ausbaumaßnahmen an Radial- und Tangentialstraßen wollen SPD und Grüne wie beschlossen umsetzen.

Die Bogestra spielt für SPD und Grüne als umfassender Mobilitätsdienstleister eine besondere Rolle. Mit ihr gemeinsam wollen SPD und Grüne Mobilität in Bochum weiterentwickeln. Eine App soll es für Bochumerinnen und Bochumer leichter machen, das jeweils optimale Verkehrsmittel zu wählen. Die App soll nicht nur einen Zeitvergleich, sondern auch einen Kostenvergleich aufzeigen.

Im Zusammenhang mit Fragen, die der innerstädtische Lieferverkehr aufwirft, regen SPD und Grüne an, gemeinsam mit den Gewerbetreibenden nach innovative Lösungen zu suchen.

Radverkehr

Das veraltete Radverkehrskonzept und der Radverkehrsnetzplan aus dem Jahr 1999 müssen bis Ende 2015 aktualisiert werden. Neben den schon im Rahmen der AGFS-Bewerbung (Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V.) beschlossenen Ausbaumaßnahmen streben SPD und Grüne einen weiteren Ausbau des Radwegenetzes (bevorzugt Radfahrstreifen, wenn nicht möglich Schutzstreifen) vor allem für den Alltagsverkehr an. Dazu gehören sichere Radverkehrsanlagen an den Radialstraßen, weitere Lückenschlüsse, Verbesserungen in der Innenstadt und Anschlüsse an überregionale Radwege. Den Bau des Radschnellwegs Ruhr werden SPD und Grüne unterstützen.

Um im Bereich Radverkehr auch unabhängig von Straßenbaumaßnahmen handlungsfähig zu bleiben, sollen die Haushaltsansätze für Neubau und Unterhaltung von Radwegen erhöht werden.

Mobilität

Um die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse und Verkehrsarten bei der Verkehrsplanung adäquat berücksichtigen zu können, braucht Bochum ein Integriertes Mobilitätskonzept. Das Konzept soll bis zur Mitte der Wahlperiode unter breiter Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen, Verbänden und Bogestra entwickelt werden. Ziel ist dabei ein flexibler, schneller und gleichzeitig umweltfreundlicher Nahverkehr, der die Vorteile der einzelnen Verkehrsmittel im Sinne eines Umweltverbundes durch Vernetzung optimal nutzt.

Car-Sharing

SPD und Grüne wollen sich dafür einsetzen, dass mehr Stellplätze für das Car-Sharing angeboten werden.

Straßenbahn / Stadtbahn / Nahverkehrsplan

Die kommunalen Verkehrsunternehmen sind bestrebt, den Personennahverkehr kontinuierlich durch neue oder verbesserte Angebote und bessere Fahrzeuge weiterzuentwickeln. Der Nahverkehrsplan ist dabei das zentrale politische Instrument und soll kontinuierlich fortgeschrieben werden. Dabei soll eine noch stärkere regionale Abstimmung des Nahverkehrsplans herbeigeführt werden. SPD und Grüne streben ebenfalls eine zeitliche Harmonisierung der Nahverkehrspläne in der Region an.

Im Zusammenhang mit der anstehenden Nachnutzung der Opel-Flächen sind eine bessere ÖPNV-Anbindung und eine Verbindung mit dem Campus erforderlich. Dazu wollen SPD und Grüne eine Verlängerung der U 35 in Richtung Langendreer prüfen lassen.

SPD und Grüne wollen eine bessere ÖPNV-Erschließung des Ruhrparks prüfen.

Zentraler Omnibusbahnhof

Der Ausbau des Zentralen Omnibusbahnhofs ist grundsätzlich beschlossen. Nun wollen SPD und Grüne die Planung umsetzen, um den Komfort für die Fahrgäste zu verbessern.

Der Fernreisebusverkehr wächst derzeit. SPD und Grüne wollen die Entwicklung zunächst beobachten, stehen aber bereit, die Infrastruktur an den bestehenden Verkehrsknoten auszubauen, damit Bochum als Haltepunkt für die Unternehmen interessant bleibt.

E-Mobilität

Pedelecs und E-Bikes nehmen auch für den Alltags-Verkehr an Bedeutung zu. Gemeinsam mit den kommunalen Unternehmen (zum Beispiel Stadtwerken, der Bogestra und der EGR) wollen SPD und Grüne ausloten, welche wirtschaftlich tragfähigen Geschäftsmodelle für die dafür nötige Infrastruktur inklusive Abstellanlagen entwickelt werden können.

Stellplätze

Bei Neuplanungen wollen SPD und Grüne die Perspektive eröffnen, auch bezogen auf Stellplätze zu einer Neuverteilung von Verkehrsflächen zu gelangen. Damit wird auch eine Aufwertung des öffentlichen Raums ermöglicht.

Ausbau und Unterhaltung von Straßen, Radwegen Brücken, Infrastruktur

Der Ausbau und die Unterhaltung der städtischen Mobilitätsinfrastruktur stellen einen wichtigen Beitrag für alle Belange der Mobilität zu Fuß, mit Rad, Auto, Bus, Bahn etc. dar. SPD und Grüne setzen sich für ein „Tiefbausanierungsprogramm“ ein, mit dem das Wegenetz erhalten und optimiert werden kann und die Infrastrukturwerte geschützt werden. Das Programm soll primär dazu dienen, Straßen zu erhalten, Lücken im Radwegenetz zu schließen, den Sanierungsstau bei Brücken abzarbeiten und eine stadtverträgliche Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

SPD und Grüne werden investive und konsumtive Handlungsspielräume im Haushalt nutzen, gegebenenfalls unter temporärem Verzicht auf andere Maßnahmen, um diese Ziele in einem mittelfristigen Zeithorizont umzusetzen.

Innenstadt

SPD und Grüne wollen insgesamt eine höhere Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Dabei sind es sicherlich nicht nur die Konsummöglichkeiten, die einen Besuch in der Stadt attraktiv machen, sondern weit mehr das Flair, die Atmosphäre, die einen Aufenthalt in der City interessant macht. Besondere Angebote der öffentlichen Infrastruktur sind geeignet, den Besuch in der Innenstadt gerade auch für Familien lohnend zu

machen. Dazu gehören auch zentrale Familienparkplätze, familienfreundliche Aufenthaltsorte mit Babyinseln, Spielangeboten und Ruheplätzen.

SPD und Grüne wollen diesbezüglich auch ein stimmiges Nutzungskonzept für die öffentlichen Plätze in der Innenstadt entwickeln, um so den unterschiedlichen Bedürfnissen optimal Rechnung zu tragen.

SPD und Grüne wollen an mehreren Orten Bochums, nicht nur in der Innenstadt, offene WLAN-Zonen einrichten.

Justiz / Stadtquartier Viktoriastraße

SPD und Grüne sehen in der Entwicklung der alten Justizflächen zum Stadtquartier Viktoriastraße eine große Chance für die Bochumer Innenstadt. SPD und Grüne haben nach sorgfältiger Abwägung die Eckpunkte festgelegt und im Wettbewerb erfolgreich durchgesetzt. An diesen Eckpunkten wie der aufgelockerten Mischung aus Einzelhandel, Dienstleistungen und Wohnen halten SPD und Grüne gemeinsam fest, wenn es um die nächsten Schritte geht.

Kreativquartiere

Zur Entwicklungsachse Viktoriastraße gehört auch das Kreativquartier „City-Tor Süd“. SPD und Grüne streben eine „organische“, nachfrageorientierte Entwicklung des Quartiers an. Eine Rolle könnten dabei auch Hochschuleinrichtungen bis hin zu studentischem Wohnen spielen.

Erhalt des Hollandturms

SPD und Grüne bekräftigen, dass der Hollandturm erhalten bleiben soll. SPD und Grüne wollen mit der Entwicklungsgesellschaft Ruhr und dem Land nach geeigneten Sicherungs- und Nutzungskonzepten suchen.

Schrottimmobilien

SPD und Grüne werden klar gegen Schrottimmobilien in Bochum vorgehen. Solche Immobilien können ganze Straßenzüge herunterziehen und soziale Probleme auslösen.

Das Baugesetzbuch und das auf Landesebene von SPD und Grünen beschlossene und im April 2014 in Kraft getretene „Wohnungsaufsichtsgesetz NRW“ bieten neue Möglichkeiten, mit Problemimmobilien umzugehen. SPD und Grüne werden dieses Instrumentarium nutzen.

Wirtschaftspolitik

Bochumer Wirtschaftspolitik richtet sich an ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen aus.

Strategische Wirtschaftsplanung

Im Rahmen einer aktiven kommunalen Wirtschaftspolitik stehen für SPD und Grüne die strategische Planung und die zielgruppenorientierte Arbeit an erster Stelle. Dabei sind die Berücksichtigung von Strukturentwicklungen sowie die Nutzung von Daten aus Berichten der Marktbeobachtung ebenso wichtig wie die Weiterentwicklung von Wachstumsbranchen und die Schaffung auch von regionalen Netzwerken.

Weiterhin ist die Unterstützung und Förderung von wissensbasierten industriellen Unternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen in Kooperation mit den Hochschulen nicht zu vernachlässigen, um bestehende Arbeitsplätze unter Beachtung von umwelt- und marktanpassenden Neuentwicklungen zu sichern und nachhaltig neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Opelflächen

Im Zuge der `Bochum Perspektive 2022´ und der Qualifizierung des Innovationsclusters Produktionswirtschaft müssen Schlüsselunternehmen der Bochumer Produktionswirtschaft, weitere Technologieschwerpunkte und damit verbunden zukünftige Leitmärkte der Branche identifiziert werden. SPD und Grüne werden so weitere Entwicklungsperspektiven und Verflechtungspotenziale innerhalb Bochums, als auch im regionalen Kontext schaffen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Nachnutzung der Opelflächen könnte auch eine arbeitsplatzintensive und wertschöpfende Logistik eine Rolle spielen. Es muss gelingen, neue Konzepte zu realisieren, in denen Produktion mit Forschung und Entwicklung sowie an geeigneter Stelle auch mit Wohnen verbunden wird.

Die von den Hochschulen entwickelte Idee einer „World-Factory“ kann Grundlage der weiteren Überlegungen sein.

Außendarstellung

Die Ansiedlung von innovationsstarken Unternehmen ist Ziel der Bochumer Wirtschaftspolitik. Firmen und Unternehmen sollen beim Technologietransfer noch besser beraten und unterstützt werden. Dazu sind der Aufbau eines Innovationsmanagements, die zielgruppengerechte mediale Aufbereitung von Informationen zum Wirtschaftsstandort Bochum, die Präsentation des Wirtschaftsstandortes auf Messen und Tagungen sowie abgestimmte Marketingstrategien und -maßnahmen mit Unternehmen der Wachstumsbranchen und allen wirtschaftsfördernden Institutionen unerlässlich.

SPD und Grüne erhoffen sich von einer gestärkten Wirtschaftsförderung auch eine bessere Vermarktung der Bochumer Gewerbegebiete.

Startups und kleine Unternehmen

Für Startups und junge bzw. kleine Unternehmen bietet die städtische Wirtschaftsförderung bereits effektive Unterstützung. SPD und Grüne wollen sie jedoch weiter verbessern, indem die Wirtschaftsförderung hier als eine begleitende Institution (Lotsenfunktion) tätig wird

Darüber hinaus sehen SPD und Grüne auch bei den Migrantinnen und Migranten erhebliche Potenziale zur Steigerung der Bochumer Wirtschaftskraft. Diese wollen SPD und Grüne zum Beispiel durch gezielte Ansprachen weiter fördern und so deren Investitionspotenziale, die sich auch aus ihren Kontakten in die Herkunftsländer ergeben, stärker nutzen.

Hochschulnahe Existenzgründungen wollen SPD und Grüne verstärkt unterstützen und mit lokalen Finanzinstituten neue Wege zur Risikofinanzierung junger Unternehmen in der Region finden.

Gesundheitswirtschaft

Im besonderen Fokus der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung steht für SPD und Grüne die Gesundheitswirtschaft. Der bereits erfolgreich gestartete Gesundheitscampus NRW ist die Basis für die strategische und inhaltliche Weiterentwicklung. Hinzu werden weitere wirtschaftsfördernde Maßnahmen in enger Kooperation mit den beteiligten städtischen und nichtstädtischen Akteuren kommen.

Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Sicherheit

Strategische Umweltplanung

Im Rahmen der begonnenen strategischen Umweltplanung wollen SPD und Grüne weitere Maßnahmen zum Schutz des Bodens, der Gewässer, Arten und Biotope, Klima und Mensch ergreifen und ihre Zielerreichung im Rahmen des Wirkungsorientierten Haushalts prüfen. Zur Mitte der Wahlperiode wird ein aussagekräftiger Umweltbericht - unter Einbeziehung der im Agendaprozess entwickelten Indikatoren - erstellt.

Natur- und Landschaftsschutz

Regionale Grünzüge, Natur- und Landschaftsschutzgebiete erfüllen wichtige Funktionen unter anderem im Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel, den Artenschutz, aber auch als Naherholungsgebiete. SPD und Grüne wollen diese Gebiete erhalten, pflegen und die Naturschutzgebiete ergänzen.

Voraussetzung ist die Aktualisierung der Landschaftspläne bis 2016.

Unterhaltung und Pflege öffentliches Grün / Bäume

Die Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Grüns ist im Bereich eines Mindeststandards und führt zu einem laufenden Werteverzehr. Hier gilt es gegenzusteuern und punktuell Standards neu zu definieren. Dabei gilt es auch das ehrenamtliche Engagement in einzelnen Stadtquartieren zu fördern.

SPD und Grüne werden punktuell und im Rahmen finanzieller Handlungsspielräume die Stadtbildpflege des öffentlichen Grüns wieder stärker fokussieren.

Gefällte Straßenbäume sind zu ersetzen, sofern nicht zwingende Gründe dagegen sprechen. Der Rückstand verwaister Baumscheiben wird mit vorhandenen Ausgleichs- und Kompensationsmitteln zügig abgearbeitet. Für das seit Jahren geplante digitale Baumkataster stellen wir ausreichende Haushaltsmittel bereit.

Bäume sind für Stadtbild und Stadtklima wichtig. Wir werden ein Konzept einfordern, wie die Sturmschäden zu kompensieren sind und wie im Hinblick auf solche extreme Wetterereignisse präventiv agiert werden kann.

Friedhöfe

Auch die Friedhöfe sind „grüne Lungen“ der Stadt. Die Friedhofsbedarfsplanung werden SPD und Grüne konsequent weiterführen mit dem Ziel, Gebührenentlastungen zu erreichen. SPD und Grüne wollen die gestiegene Nachfrage nach alternativen und auch preiswerteren Bestattungsformen wie etwa Kolumbarien oder Friedwäldern erfüllen – möglichst innerhalb der Grenzen unserer Stadt.

Entsiegelung

Die Verwaltung erstellt derzeit das Versiegelungskataster. SPD und Grüne verknüpfen mit diesem Kataster die Erwartung, die Inanspruchnahme von Flächen in „Echtzeit“ nachvollziehen zu können und somit ein zusätzliches Instrument zur Bewertung und zur Steuerung von Vorhaben in der Hand zu haben. Bis 2030 wollen SPD und Grüne die Nettoneuversiegelung auf Null reduzieren (siehe Strategische Umweltplanung). Dazu gehört auch eine zielgerichtete Entsiegelung von Flächen.

Lärm

Die Auswertung der Bochumer Lärmkartierung zeigt, dass ein Lärmschwerpunkt im Bereich des Straßenverkehrslärms liegt. Daher werden SPD und Grüne die Lärmbelastung im Stadtgebiet soweit möglich durch Lärmvermeidung senken und durch geeignete Schutzmaßnahmen auf Lärmverminderung zielen.

Energetische Sanierung

Die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden soll fortgesetzt werden.

In den Stadtumbaugebieten beziehungsweise im Untersuchungsraum Ost wollen SPD und Grüne privaten Eigentümern Beratungen zur energetischen Sanierung im Wohnungsbau anbieten.

Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf Energie sparende Leuchtmittel ist ein Erfolgsprojekt. SPD und Grüne wollen diese Umstellung im gleichen Umfang wie bisher fortsetzen und im Laufe der Wahlperiode abschließen. Insbesondere LED-Leuchten tragen zur Energieeinsparung bei.

Klima und Bauleitplanung

In der Bauleitplanung sind die Hinweise des Klimaanpassungskonzeptes zu berücksichtigen und in die Planung zu integrieren.

Energie und Bauleitplanung

Ein besonderes Augenmerk werden SPD und Grüne auf das Fernwärmenetz und die Versorgung neuer Siedlungsgebiete mit Fernwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung (auch mit Biomasse) legen. Bei der geplanten Umstellung von Nachtspeicherheizungen sollten neue Erkenntnisse, wie zum Beispiel die Versorgung vorhandener Nachtspeichergeräte mit regenerativer Energie im Planungsprozess abgewogen werden.

Solarstrom

Seit drei Jahren bieten die Stadtwerke das „Solarradar“ an, eine Internetseite zur Darstellung von Energiepotenzialen Bochumer Dächer. SPD und Grüne werden mit den Stadtwerken prüfen, wie diese Internetseite weiterentwickelt und stärker beworben werden kann.

Biotonne

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz sieht ab 2015 die getrennte Erfassung und Verwertung von Bioabfall vor. SPD und Grüne wollen die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger dabei so gering wie möglich halten, sowohl im Hinblick auf praktische Probleme (Eigenkompostierung, Aufstellflächen, Geruchsvermeidung etc.) als auch im Hinblick auf die Gebührenstabilität.

Fracking

SPD und Grüne lehnen das so genannte Fracking zur Gewinnung von unkonventionellem Erdgas (besonders bei Verwendung von Chemikalien) ab. Wir unterstützen Forschungsvorhaben zur Geothermie.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Der öffentliche Raum ist grundsätzlich für alle Bürgerinnen und Bürger da. An mehreren Stellen in der Bochumer Innenstadt, aber auch in den belebten Zonen der Stadtteile sind trotzdem gefühlte Angsträume entstanden. Sie stehen einer Willkommenskultur gegenüber den eigenen und den auswärtigen Besuchern entgegen und machen die zentralen Stellen in der Innenstadt, aber auch in den Vororten besonders für Seniorinnen, Senioren und Familien unattraktiv.

Verbote und Platzverweise allein werden nicht weiterhelfen. SPD und Grüne wollen den betroffenen Menschen Hilfen zum täglichen Leben anbieten. SPD und Grüne bauen dabei auf bewährte Konzepte auf, genannt sei etwa die Ordnungspartnerschaft.

Vorhandene Angsträume in der Innenstadt und in den Stadtteilen, wie zum Beispiel bei großen Unterführungen und unterhalb von Brücken werden SPD und Grüne durch gestalterische Maßnahmen beseitigen und bereits vorhandenes bürgerschaftliches Engagement zur Beseitigung solcher Missstände unterstützen.

Tierschutz

SPD und Grüne unterstützen die Anstrengungen von Tierschutzverbänden, das Kastationsgebot für Straßenkatzen durchzusetzen. Die Stadt bietet ihre Hilfe bei der Akquirierung von Fördermitteln des Landes an.

Kultur

Kultur

Stadtentwicklung reagiert auf die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen und sucht nach Antworten für die sich stellenden Fragen. Kulturelle Träger übernehmen dabei zunehmend einen kreativen und integrativen Part. Wir wollen die kulturellen Träger verstärkt einbeziehen und so kreative Impulse für Bochum setzen.

Das bedeutet, dass nicht nur die klassischen und traditionellen Institutionen wie das Schauspielhaus, die Bochumer Symphoniker, Kunstmuseen und kulturelle Bildungseinrichtungen erhalten und gefördert werden müssen, sondern auch die freie Kulturszene, die soziokulturellen Institutionen und integrative Initiativen insbesondere, wenn sie in einem kreativen Stadtumbau mitwirken, Identität stiften und Menschen lebendig in Umbauprozesse integrieren.

Zielgruppen wie Kinder und Jugendliche, alte Menschen und Menschen mit Behinderungen sollen stärker ins Blickfeld rücken. Kultur ist für SPD und Grüne integraler Teil ganzheitlicher Bildung, die im Kindesalter einsetzt und von SPD und Grünen entschieden gefördert wird.

Feste wie RuhrInternational oder die Interkulturelle Woche sind wichtige interkulturelle Begegnungsorte, die SPD und Grüne inhaltlich weiter entwickeln wollen.

SPD und Grüne betrachten auch die privatwirtschaftlich organisierten Kultureinrichtungen als wichtigen Bestandteil kulturellen Lebens.

Kultur im Stadtteil

Kulturaktivitäten und -initiativen in Stadtumbaugebieten und sozial benachteiligten Stadtteilen werden vorrangig gefördert.

Interkulturelle Angebote

Die bestehenden Angebote sollen interkulturell geöffnet und ausgeweitet werden.

Kooperation

Die im Kulturhauptstadtjahr begonnenen Kooperationen sollen fortgesetzt und verstärkt werden. Insbesondere werden im Rahmen der Kulturmetropole Ruhr neue Perspektiven der Zusammenarbeit - auch auf politischer Ebene - zu entwickeln sein.

Kreativwirtschaft

Bestehende und neue Standorte der Kreativ- und Kulturwirtschaft werden SPD und Grüne fördern und in die Stadtentwicklung einbeziehen.

Musikzentrum

Für die Bochumer Symphoniker, Musikschule, Chöre und Musikgruppen werden sich mit dem Bau des Musikzentrums die Bedingungen verbessern; das gilt auch für die Kinder- und Jugendarbeit. Auf der Einhaltung des geplanten städtischen Kostenrahmens für Bau und Betrieb werden SPD und Grüne mit Nachdruck bestehen.

Sport

Infrastruktur für Vereins- und Schulsport, Sportplätze

Auf Basis der Ergebnisse der Sportstättenentwicklungsplanung und des Bäderkonzeptes werden SPD und Grüne die Sportinfrastruktur ausbauen und sanieren.

SPD und Grüne werden vor allem in solche Sportanlagen investieren, die multifunktional ausgerichtet sind und dabei Angebote in besonderem Maße für Kinder und Jugendliche ebenso ermöglichen wie spezielle Angebote für ältere Menschen.

Die Sanierung bestehender Sportplätze hat Vorrang vor dem Neubau. Dies gilt besonders für Kunstrasenplätze.

Kinder- und Jugendarbeit

Die Sportförderung werden SPD und Grüne in Zukunft stärker an die Kinder- und Jugendarbeit der Vereine knüpfen.

Öffentliche Sportanlagen

Für Sportarten außerhalb von Vereinen, wie Radfahren, Joggen, Skaten oder Inlinern, werden SPD und Grüne die erforderliche Infrastruktur weiter ausbauen.

Vereinssport

Gemeinsam mit dem Stadtsportbund werden SPD und Grüne Möglichkeiten entwickeln, wie der Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund zu Sportangeboten erleichtert werden kann.

Schwimmen

SPD und Grüne werden im Zusammenhang mit der anstehenden Bäderleitplanung die notwendige Infrastruktur für den Schwimmsport, insbesondere auch für Schulen, sicherstellen. Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen.

Zuteilung von Kapazitäten an Vereine

Im Rahmen der Sportleitplanung werden SPD und Grüne Richtlinien zum Umfang der zeitlichen Überlassung von Sportanlagen für Vereine weiterentwickeln. Die bisherigen Nutzungen sind einer kritischen Bedarfsanalyse zu unterziehen.

Schulsport

Die Landesinitiative “Schule und Sport sind Bildungspartner”, die auf eine intensivere Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen abzielt, werden SPD und Grüne unterstützen. SPD und Grüne werden sich intensiv mit der Sportstättenentwicklungsplanung und dem Bäderkonzept auseinandersetzen. Die Sportinfrastruktur für Vereins-, Schul- und Breitensport wird bedarfsgerecht fortgeschrieben.

Sportgroßveranstaltungen

Bochum besitzt hohe Qualitäten als Sportstadt. Im Markenbildungsprozess Bochums hat sich dieser Stellenwert erneut herausgestellt. Wir unterstützen die Durchführung von nationalen und internationalen Sportveranstaltungen, wenn diese in einem wirtschaftlich vertretbaren Umfang erreichbar sind. Wir wollen dabei die externe und interne Wahrnehmung in der Öffentlichkeit deutlich verbessern. Letztendlich wird auch der Markenbildungsprozess Bochums dadurch unterstützt.

Organisatorisches

Koalitionsausschuss Fraktion und Partei

Der Koalitionsausschuss Fraktion und Partei tritt erneut zusammen, wenn der Koalitionsvertrag fortgeschrieben wird. Er wird auf Antrag eines Vertragspartners bei Bedarf einberufen, um über Auslegungsfragen des Koalitionsvertrages und eventuell anstehende strittige Fragen zu entscheiden. Er setzt sich aus den Partei- und Fraktionsvorsitzenden und ihren Stellvertretern zusammen. Die Größe des Ausschusses soll vier Mitglieder je Vertragspartner nicht überschreiten.

Koalitionsausschuss

Es wird ein Koalitionsausschuss der Fraktionen eingerichtet, der anstehende Entscheidungen vorbereitet. Er setzt sich aus den Fraktionsvorsitzenden und ihren Stellvertretern sowie den Fraktionsgeschäftsführern zusammen. Für die Fachausschüsse gibt es im Vorfeld gemeinsame Abreden. Alle Entscheidungen im Rat und den Ausschüssen werden gemeinsam getroffen. Falls eine Einigung nicht erzielt werden kann und die Abstimmung vom Koalitionsausschuss nicht freigegeben wird, werden Verwaltungsvorlagen und Oppositionsanträge gemeinsam abgelehnt, Anträge einer Koalitionsfraktion werden nicht weiter verfolgt.

Ratssitzungen

Um die Arbeit für die Mitglieder des Rates zu erleichtern, werden Tischvorlagen der Verwaltung nur in unabweisbaren Ausnahmefällen nachgereicht.

Ausschussarbeit

In die Fachausschüsse werden sachkundige Bürger/innen und ggf. auch sachkundige Einwohner/innen berufen. Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse können stellvertretende Ausschussmitglieder in gleicher oder größerer Anzahl wie die Mitglieder gewählt werden. Soweit Rechtsvorschriften nicht eine persönliche Vertretung vorschreiben, sind die Stellvertreter in der durch die Benennung der Fraktionen festgelegten Reihenfolge zur Vertretung befugt.

Entscheidungsbefugnisse der Ausschüsse

Inhalt und Umfang der Entscheidungsbefugnisse der Ausschüsse werden im Zuständigkeitskatalog festgelegt.

Ausschüsse

Die Ausschüsse des Rates setzen sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung des Ausschusses	Mitglieder	Sachkundige Bürgerinnen und Bürger nach § 58 (3) GO NRW	Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner bis zu
Haupt- und Finanzausschuss	17	Nein	Nein
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (JHA)	15 *)	Nein	10 **)
Umlegungsausschuss	5 ***)	Nein	Nein
Ausschuss für Beteiligungen und Controlling	13	Ja	3
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	15	Ja	9
Ausschuss für Kultur	13	Ja	3
Ausschuss für Sport und Freizeit	13	Ja	3
Ausschuss für Schule und Bildung	15	Ja	6 ****)
Ausschuss für Strukturentwicklung	15	Ja	3
Ausschuss für Planung und Grundstücke	13	Ja	3
Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität	13	Ja	3
Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung	13	Ja	3
Rechnungsprüfungsausschuss	13	Nein	Nein
Wahlprüfungsausschuss	13	Nein	Nein
Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe	13	Ja	4

*) 15 stimmberechtigte Mitglieder, davon 9 Ratsmitglieder oder in der Jugendhilfe erfahrene Personen und 6 auf Vorschlag der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe vom Rat gewählte stimmberechtigte Mitglieder.

***) 10 beratende Mitglieder, die von festgelegten Institutionen und Verbänden bestellt werden.

****) 5 stimmberechtigte Mitglieder, davon 2 Ratsmitglieder und 3 Sachverständige.

*****) plus zwei sachkundige Einwohnerinnen / Einwohner als Pflichtmitglieder ohne Stimmrecht gemäß § 12 Schulverwaltungsgesetz.

Beiräte

Es werden folgende Beiräte eingerichtet:

Bezeichnung des Beirates	Mitglieder
Frauenbeirat	11
Seniorenbeirat	11
Agendabeirat	11 Vertreter gesellschaftsrelevanter Gruppen und je 1 beratendes Ratsmitglied pro Fraktion

Vertretung in Organen von Gesellschaften, in Beiräten usw.

Beide Fraktionen sind in allen Organen von Gesellschaften, Beiräten usw. mit mindestens einem Mitglied vertreten. Die Fraktionen gehen ggf. eine Listenverbindung ein.

Falls nur ein Mandat zu vergeben ist, wird versucht, Ausgleichsregelungen zu treffen.

Die Präsidien der Beteiligungen werden jeweils mit einem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern besetzt.

Bürgermeisterin / Bürgermeister

Beide Fraktionen stellen eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister. Die SPD-Fraktion stellt die erste Bürgermeisterin / ersten Bürgermeister.

Bochum, 25. Juni 2014

Thomas Eiskirch

Ditte Gurack

Dr. Peter Reinirkens

Manfred Preuß